See the notice on TED website

Deutschland-Pirmasens: Haustechnik
OJ S 184/2023 25/09/2023
Auftragsbekanntmachung
Dienstleistungen

Rechtsgrundlage:
Richtlinie 2014/24/EU

Abschnitt I: Öffentlicher Auftraggeber

I.1. Name und Adressen

Offizielle Bezeichnung: Verbandsgemeinde Pirmasens-Land
Postanschrift: Bahnhofstr. 19
Ort: Pirmasens
NUTS-Code: DEB3K Südwestpfalz
Postleitzahl: 66953
Land: Deutschland
E-Mail: martin.kuntz@pirmasens-land.de
Telefon: +49 6331/872-203
Fax: +49 6331/872-100
Internet-Adresse(n):
Hauptadresse: https://www.pirmasens-land.de

I.3. Kommunikation

Die Auftragsunterlagen stehen für einen uneingeschränkten und vollständigen direkten Zugang gebührenfrei zur Verfügung unter: https://www.subreport.de/E77962617
Weitere Auskünfte erteilen/erteilt die oben genannten Kontaktstellen
Angebote oder Teilnahmeanträge sind einzureichen an die oben genannten Kontaktstellen

I.4. Art des öffentlichen Auftraggebers

Regional- oder Kommunalbehörde

I.5. Haupttätigkeit(en)

Allgemeine öffentliche Verwaltung

Abschnitt II: Gegenstand

II.1. Umfang der Beschaffung

II.1.1. Bezeichnung des Auftrags

Gemeindezentrum und Kindergarten technische Gebäudeausrüstung

II.1.2. CPV-Code Hauptteil

71315000 Haustechnik

II.1.3. Art des Auftrags

Dienstleistungen

II.1.4. Kurze Beschreibung

Die Ortsgemeinde Kröppen beabsichtigt Planungsleistungen zur technischen Gebäudeausrüstung i. S. v. § 73 VgV, Leistungsphasen 1-9 gem. HOAI 2021 für den Neubau

eines Gemeindezentrums (Bauhof/Gerätehalle, Ratssaal, Besprechungszimmer) und Kindergartens in 66957 Kröppen extern, auf der Grundlage einer im Jahr 2021 durchgeführten Machbarkeitsstudie, zu vergeben.
Es ist eine stufenweise Beauftragung vorgesehen. Die Beauftragung erfolgt zunächst für die Bearbeitungsstufe
I (LP 1-4 HOAI). Der Auftrag wird um die Bearbeitungsstufe II (LP 5-9 HOAI) erweitert, sofern die
entsprechenden Fördermittel bewilligt sind. Es besteht kein Rechtsanspruch auf Beauftragung der weiteren
Bearbeitungsstufen.
Auf der Grundlage verschiedener Zuwendungsgeber sind die Kosten für das Gemeindezentrum und den
Kindergarten von Anfang an getrennt voneinander aufzuführen. Insbesondere ist den entsprechenden
Richtlinien der Fördermittelgeber Rechnung zu tragen.
Die Machbarkeitsstudie trägt den Bedürfnissen der Ortsgemeinde Kröppen sowohl der Nutzung als auch dem
Umfang Rechnung.
Bedarf für Gebäudestruktur, Erschließung und Bauausführung ist die als den Beschaffungsunterlagen
beigefügte Machbarkeitsstudie (Variante 2).

II.1.5. Geschätzter Gesamtwert

II.1.6. Angaben zu den Losen

Aufteilung des Auftrags in Lose: nein

II.2. Beschreibung

II.2.3. Erfüllungsort

NUTS-Code: DEB3K Südwestpfalz
Hauptort der Ausführung: Gemeindezentrum und Kindergarten Kröppen Straße Belle Vue 66957 Kröppen

II.2.4. Beschreibung der Beschaffung

Der bestehende Kindergarten der Ortsgemeinde Kröppen ist grundlegend sanierungsbedürftig und entspricht
darüber hinaus nicht den aktuellen brandschutztechnischen Anforderungen. Im Rahmen einer im Jahr 2021
durchgeführten Machbarkeitsstudie wurden die grundsätzlichen Optionen Standorterhalt / Sanierung oder
Neubau geprüft. Als wirtschaftlichste Option hat sich ein Neubau an einem neuen Standort herauskristallisiert.
Ein Neubau kann den aktuell besten energetischen und pädagogischen Standard bei deutlich geringeren
Betriebskosten sicherstellen und damit den Bedürfnissen der wachsenden Ortsgemeinde nachhaltig gerecht
werden.
Ein Bauhof bzw. Gerätehalle, welche den Anforderungen an einen bedarfsorientierten Arbeitsplatz des
Gemeindearbeiters dienen, ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht vorhanden. Auch wird ein Raum zur

Durchführung der Gemeinderatssitzungen, ein Multifunktionssaal und ein Besprechungszimmer für den
Ortsbürgermeister benötigt.

II.2.5. Zuschlagskriterien

Die nachstehenden Kriterien
Qualitätskriterium - Name: Organisation der Leistungserbringung / Gewichtung: 20 %
Qualitätskriterium - Name: Qualität und Strukturierung der Bauüberwachung / Gewichtung: 30 %
Qualitätskriterium - Name: Terminplanung, Maßnahmen zur Kostensteuerung / Gewichtung: 10 %
Qualitätskriterium - Name: Gesamteindruck der Präsentation / Gewichtung: 10 %
Preis - Gewichtung: 30 %

II.2.6. Geschätzter Wert

II.2.7. Laufzeit des Vertrags, der Rahmenvereinbarung oder des dynamischen Beschaffungssystems

Laufzeit in Monaten: 72
Dieser Auftrag kann verlängert werden: nein

II.2.9. Angabe zur Beschränkung der Zahl der Bewerber, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden

Geplante Mindestzahl: 3Höchstzahl: 5Objektive Kriterien für die Auswahl der begrenzten Zahl von Bewerbern:
Objektive Kriterien für die Auswahl der begrenzten Zahl von Bewerbern:
Alle Bewerber, die einen Teilnahmeantrag fristgerecht eingereicht haben und die formellen Mindestkriterien / -
anforderungen erfüllen, sind für die Wertung der Auswahlkriterien zugelassen. Der Auftraggeber wählt anhand
der erteilten Auskünfte über die Eignung der Bewerber sowie anhand der Auskünfte und Formalien, die zur
Beurteilung der von diesen zu erfüllenden wirtschaftlichen und technischen Mindestanforderungen erforderlich
sind, unter den Bewerbern, die nicht ausgeschlossen wurden und die die genannten Anforderungen erfüllen,
diejenigen aus, die er zur Verhandlung auffordert.
Der Bewerber muss über geeignete Referenzen verfügen. Es müssen innerhalb der letzten 5-8 Jahre mindestens 3 vergleichbare Objekte / Gebäude fertiggestellt worden sein.Kann der Bewerber kein Kindergarten als Referenzobjekt vorlegen, muss er mit entsprechdem Punktabzug rechnen. Der Bewerber hat zu allen Referenzen anzugeben, inwieweit die im Rahmen der Referenzobjekte erbrachten Leistungen von den zur Leistungserbringung vorgesehenen Personen erbracht worden sind (Aufgabe / Funktion und Dauer der Tätigkeit der zur Leistungserbringung vorgesehenen Person bei den Referenzobjekten). Zu allen Referenzen hat der Bewerber den Namen, die Anschrift und die Kontaktdaten des Referenzgebers mitzuteilen.
Erfüllen mehrere Bewerber gleichermaßen die Anforderungen und ist die Bewerberzahl nach einer objektiven Auswahl entsprechend der zu Grunde gelegten Kriterien zu hoch, behält sich die Vergabestelle vor, die Teilnehmeranzahl gemäß § 75 Abs. 6
VgV unter den verbliebenen Bewerbern zu losen.

Zur Prüfung der Eignung sind die folgenden Unterlagen einzureichen: Eigenerklärung zur Eignung, Verpflichtungserklärung Tariftreue.
Das Vorhaben befindet sich zum gegenwärtigen Zeitpunkt im Rahmen der Objektplanung in Leistungsphase
1. Es werden entsprechende Kapazitäten erwartet, damit eine entsprechende Zuarbeit im Rahmen der Objektplanung erfolgen kann.

II.2.10. Angaben über Varianten/Alternativangebote

Varianten/Alternativangebote sind zulässig: nein

II.2.11. Angaben zu Optionen

Optionen: ja
Beschreibung der Optionen:
Es ist eine stufenweise Beauftragung vorgesehen. Die Beauftragung erfolgt zunächst für die Bearbeitungsstufe I
(LP 1-4 HOAI). Der Auftrag kann um die Bearbeitungsstufe II (LP 5-9 HOAI) verlängert werden. Es besteht kein
Rechtsanspruch auf Beauftragung der weiteren Bearbeitungsstufen.

II.2.13. Angaben zu Mitteln der Europäischen Union

Der Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der EU finanziert wird: nein

II.2.14. Zusätzliche Angaben

Informationen zur persönlichen Präsentation bzw. inwieweit diese tatsächlich statt findet wird zu gegebenem Zeitpunkt mitgeteilt. Sollte eine ausreichende objektive Beurteilung auf der Grundlage der vorliegenden Unterlagen möglich sein und somit eine persönliche Präsentation entbehrlich sein, wird dies zu gegebenem Zeitpunkt mitgeteilt.
Da die in der Machbarkeitsstudie dargestellten Kosten der Gruppen 300 und 400 nicht aktuell sind und folglich keine vergleichbare Angebote vorgelegt werden können, werden die anrechenbaren Kosten der Gruppen 300 und 400 für Gebäude und Innenräume fiktiv auf 1.600.000 € festgesetzt.
Das Vorhaben befindet sich zum gegenwärtigen Zeitpunkt im Rahmen der Objektplanung in Leistungsphase
1. Es werden entsprechende Kapazitäten erwartet, damit eine entsprechende Zuarbeit im Rahmen der
Objektplanung erfolgen kann.

Abschnitt III: Rechtliche, wirtschaftliche, finanzielle und technische Angaben

III.1. Teilnahmebedingungen

III.1.1. Befähigung zur Berufsausübung einschließlich Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister

Auflistung und kurze Beschreibung der Bedingungen:
Nachweis, dass der Bewerber zur Führung der Bezeichnung "Ingenieurin / Ingenieur" berechtigt ist
durch Vorlage einer entsprechenden Bescheinigung. Ist der Bewerber eine juristische Person, ist er nur
teilnahmeberechtigt, wenn er für die Durchführung der Aufgabe einen verantwortlichen Angehörigen des

Berufes "Ingenieurin / Ingenieur" benennt und dessen Berechtigung zur Führung der Berufsbezeichnung durch
Vorlage einer entsprechenden Bescheinigung nachweist.
Nachweis - zunächst nur Eigenerklärung gemäß Formblatt "Bewerbererklärung" - dass dem Bewerber
keine zwingenden oder fakultativen Ausschlussgründe gemäß §§ 123, 124 GWB bekannt sind. Bei
Bewerbergemeinschaften ist der Nachweis von allen Mitgliedern der Bewerbergemeinschaft zu erbringen.bgabe der Eigenerklärung des Unternehmens/Bieters zur Eignung im Teilnahmeantrag:
(1) Eigenerklärung des Unternehmens/Bieters zur Eintragung / Nichteintragung in einem Handelsregister;(2) Eigenerklärung des Unternehmens/Bieters, dass vergaberechtliche Ausschlussgründe
gemäß §§ 123 und 124 GWB nicht vorliegen;
(3) Bei Bildung einer Bewerbergemeinschaft: Bewerbergemeinschaftserklärung, mit Benennung sämtlicher Mitglieder, welche im Falle der Einladung zur Angebotsabgabe eine Bietergemeinschaft bilden und im Auftragsfall gesamtschuldnerisch haften werden sowie Benennung des bevollmächtigten Vertreters, welcher die Bewerbergemeinschaft rechtsverbindlich vertritt;
(4) Eigenerklärung des Unternehmens/Bieters, dass er zur Führung der Berufsbezeichnung gemäß Ziffer III.2.1 berechtigt ist

III.1.2. Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:
Erklärung über den Gesamtumsatz des Bewerbers und seines Umsatzes für Planungsleistungen, die mit den
ausgeschriebenen Planungsleistungen vergleichbar sind, in den letzten 3 Geschäftsjahren (§ 122 Abs. 2 Nr. 2
GWB).
Erklärung, ob und hinsichtlich welcher Leistung sich der Bewerber der Kapazitäten anderer Unternehmer
bedient und ihm die dann erforderlichen Mittel zur Verfügung stehen.
Angaben des Teils des Auftrags, den der Bewerber unter Umständen an Dritte vergeben will.
Möglicherweise geforderte Mindeststandards:
Der Bewerber muss über eine Berufhaftpflichtversicherung verfügen, deren Deckungssumme für
Personenschäden mindestens 5 Mio. EUR und zusätzlich für sonstige Sach- und Vermögensschäden
mindestens 2 Mio. EUR beträg

III.1.3. Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:
Nachweis, der zur Leistungserbringung vorgesehenen Personen namentlich und unter Angabe der jeweiligen
Befähigung zur Berufsausübung. Auf Verlangen sind Berufszulassungsurkunden bzw. Studiennachweise oder
sonstige vergleichbare Belege, unter Angabe der Berufserfahrung in Jahren nachzuweisen.
Der Bewerber hat seine technische und berufliche Leistungsfähigkeit mit der Planung von vergleichbaren

Objekten / Gebäuden durch geeignete Referenzen nachzuweisen. Es müssen innerhalb der letzten 5-8
Jahre mindestens 3 vergleichbare Objekte / Gebäude fertiggestellt worden sein. Der Bewerber hat zu allen
Referenzen anzugeben, inwieweit die im Rahmen der Referenzobjekte erbrachten Leistungen von den zur
Leistungserbringung vorgesehenen Personen erbracht worden sind (Aufgabe / Funktion und Dauer der Tätigkeit
der zur Leistungserbringung vorgesehenen Person bei den Referenzobjekten). Zu allen Referenzen hat der
Bewerber den Namen, die Anschrift und die Kontaktdaten des Referenzgebers mitzuteilen.

III.2. Bedingungen für den Auftrag

III.2.1. Angaben zu einem besonderen Berufsstand

Die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehaltenVerweis auf die einschlägige Rechts- oder Verwaltungsvorschrift:
Die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten
Verweis auf die einschlägige Rechts- oder Verwaltungsvorschrift:
Zugelassen ist, wer nach den Architektengesetzen oder Ingenieurgesetzen der Länder berechtigt ist, die
Berufsbezeichnung Architekt zu tragen, oder nach den EG-Richtlinien insbesondere der Richtlinien für die
gegenseitige Anerkennung der Diplome berechtigt ist, in der Bundesrepublik Deutschland als Architekt tätig zu
werden. Der Bewerber oder der örtliche Partner muss nach § 64 LBauO Rheinland-Pfalz bauvorlageberechtigt
sein. Juristische Personen sind als Auftragnehmer zugelassen, wenn sie für die Durchführung der Aufgabe
einen entsprechenden Architekten benennen.

III.2.3. Für die Ausführung des Auftrags verantwortliches Personal

Verpflichtung zur Angabe der Namen und beruflichen Qualifikationen der Personen, die für die Ausführung des Auftrags verantwortlich sind

Abschnitt IV: Verfahren

IV.1. Beschreibung

IV.1.1. Verfahrensart

Verhandlungsverfahren

IV.1.3. Angaben zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem

IV.1.5. Angaben zur Verhandlung

Der öffentliche Auftraggeber behält sich das Recht vor, den Auftrag auf der Grundlage der ursprünglichen Angebote zu vergeben, ohne Verhandlungen durchzuführen

IV.1.8. Angaben zum Beschaffungsübereinkommen (GPA)

Der Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen: nein

IV.2. Verwaltungsangaben

IV.2.2. Schlusstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge

Tag: 23/10/2023 Ortszeit: 10:30

IV.2.3. Voraussichtlicher Tag der Absendung der Aufforderungen zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber

IV.2.4. Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können

Deutsch

IV.2.6. Bindefrist des Angebots

Laufzeit in Monaten: 2 (ab dem Schlusstermin für den Eingang der Angebote)

Abschnitt VI: Weitere Angaben

VI.1. Angaben zur Wiederkehr des Auftrags

Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: nein

VI.3. Zusätzliche Angaben

Hinsichtlich der erbetenen Auskünfte zur Erfüllung der Teilnahmebedingungen steht ein Bewerbungsbogen
zur Verfügung. Der Bewerbungsbogen kann ausschließlich elektronisch über die Vergabeplattform bezogen
werden. Die Verwendung des Bewerbungsbogens als Formularvordruck wird für die Bewerbung empfohlen,
maßgeblich bleibt der Inhalt der EU-Bekanntmachung. Der eingereichte Bewerbungsbogen mit Anlagen wird
nicht zurückgegeben. Die Bewerbungsunterlagen inklusive der vorzulegenden Nachweise sind in deutscher
Sprache vorzulegen.
Die Teilnahmeanträge sind mit den geforderten Erklärungen und Nachweisen innerhalb der Bewerbungsfrist
elektronisch - nur - über die Vergabeplattform Subreport ELVIS einzureichen.
Rückfragen von Bewerbern werden nur über die Bieterkommunikation der Vergabeplattform.
Da die anrechenbaren Kosten fiktiv angegeben werden, stehen diese insoweit mit Bezug zur Auftragsvergabe
unter Vorbehalt.
entgegengenommen und ebenso beantwortet.
Im Falle der Bewerbung einer Arbeits-/Bietergemeinschaft aus Architektur/Ingenieurbüros erfolgt die
Korrespondenz mit dem Bewerber ausschließlich über die vom Bewerber auf der Vergabeplattform Subreport
ELVIS hinterlegten Kontaktdaten des bevollmächtigten Büros.

VI.4. Rechtsbehelfsverfahren/Nachprüfungsverfahren

VI.4.1. Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer Rheinland-Pfalz Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau
Postanschrift: Stiftsstraße 9
Ort: Mainz
Postleitzahl: 55116
Land: Deutschland

E-Mail: vergabekammer@mwvlw.rlp.de
Telefon: +49 6131162234
Fax: +49 6131162113

VI.4.3. Einlegung von Rechtsbehelfen

Genaue Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:
Genaue Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:
Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung oder in den Vergabeunterlagen
erkennbar sind, sind spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber6 / 6
dem Auftraggeber zu rügen. Im Übrigen sind Verstöße gegen Vergabevorschriften innerhalb einer Frist von
zehn Kalendertagen nach Kenntnis gegenüber dem Auftraggeber zu rügen. Ein Nachprüfungsantrag ist
innerhalb von 15 Kalendertagen nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu
wollen, bei der zuständigen Vergabekammer zu stellen (§ 160 Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen
(GWB)). Die o.a. Fristen gelten nicht, wenn der Auftraggeber gemäß § 135 Absatz 1 Nr. 2 GWB den Auftrag
ohne vorherige Veröffentlichung einer Bekanntmachung im Amtsblatt der Europäischen Union vergeben hat,
ohne dass dies aufgrund Gesetzes gestattet ist. Setzt sich ein Auftraggeber über die Unwirksamkeit eines
geschlossenen Vertrages hinweg, indem er die Informations- und Wartepflicht missachtet (§ 134 GWB) oder
ohne vorherige Veröffentlichung einer Bekanntmachung im Amtsblatt der Europäischen Union vergeben hat,
ohne dass dies aufgrund Gesetzes gestattet ist, kann die Unwirksamkeit nur festgestellt werden, wenn sie
im Nachprüfungsverfahren innerhalb von 30 Kalendertagen nach der Information der betroffenen Bieter und
Bewerber durch den öffentlichen Auftraggeber über den Abschluss des Vertrags, jedoch nicht später als sechs
Monate nach Vertragsschluss geltend gemacht worden ist. Hat der Auftraggeber die Auftragsvergabe im
Amtsblatt der Europäischen Union bekannt gemacht, endet die Frist 30 Kalendertage nach Veröffentlichung der
Bekanntmachung der Auftragsvergabe im Amtsblatt der Europäischen Union (§135 GWB)

VI.4.4. Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erteilt

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer Rheinland-Pfalz Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau
Postanschrift: Stiftsstraße 9
Ort: Mainz
Postleitzahl: 55116
Land: Deutschland
E-Mail: vergabekammer@mwvlw.rlp.de
Telefon: +49 6131162234

Fax: +49 6131162113

VI.5. Tag der Absendung dieser Bekanntmachung

20/09/2023